



Interpellationen

Interpellation Beata Studer-Lenzlinger und Trudy Cozzio-Heuberger: Schulversuche mit Basisstufe, Blockzeiten und Mittagstisch: Kann die Stadt St.Gallen abseits stehen?; schriftlich**Interpellation Brigit Steiner Hunziker: Basisstufe in der Stadt – Beteiligung der Stadt am Schulversuch?; schriftlich**

Beata Studer-Lenzlinger, Trudy Cozzio-Heuberger sowie 43 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates reichten am 25. Februar 2003 die beiliegende Interpellation "Schulversuche mit Basisstufe, Blockzeiten und Mittagstisch: Kann die Stadt abseits stehen?" ein. Ebenso reichten Brigit Steiner Hunziker und 38 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates mit selbem Datum die beiliegende Interpellation "Basisstufe in der Stadt – Beteiligung der Stadt am Schulversuch?" ein.

Da die beiden Interpellationen den selben Themenbereich betreffen und inhaltlich zum Teil dieselben Fragen gestellt werden, beantwortet der Stadtrat die beiden Interpellationen gemeinsam.

Der Stadtrat beantwortet die Fragen der Interpellationen wie folgt:

1. Im Bericht der Regierung vom 27. August 2002 "Kindergarten und Primarschule im Wandel der Gesellschaft" werden zur Organisation des Kindergartens und der Primarschule in der Zukunft zwei Modelle der Basisstufe als neu zu schaffende Bildungseingangsstufe vorgestellt. Ziel der Basisstufe ist es, den grossen Unterschieden in der Begabungs- und Leistungsentwicklung der Kinder durch die Flexibilisierung des Übertritts zu begegnen. Zu diesem Zweck werden in der Basisstufe drei Lernstandsgruppen mit Stufenzielen in den Fachbereichen Rechnen, Schreiben und Lesen gebildet. Die Kinder werden entsprechend ihrem Leistungsvermögen den drei Lernstandsgruppen zugeteilt. Damit verbunden ist ein hohes Mass an Individualisierung des Unterrichts, was den unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Kinder einer Klasse zugute kommt. Die im kantonalen Bericht vorgeschlagene



nen Modelle unterscheiden sich wie folgt: Im "Modell 3" werden zwei Jahre Kindergarten und ein Jahr Unterstufe zu einer Basisstufeneinheit zusammengefasst. Im "Modell 4" werden zwei Jahre Kindergarten und zwei Jahre Unterstufe zu einer Basisstufeneinheit zusammengefasst.

Der Stadtrat unterstützt im Grundsatz das mit der Basisstufe anvisierte Ziel der Frühförderung der Kinder mittels Individualisierung des Unterrichtes und flexiblen, auf das Leistungsvermögen des einzelnen Kindes ausgerichteten Übertritten. Er sieht aber auch Probleme bei der vorgeschlagenen schulorganisatorischen Lösung: beim Übertritt von der Basisstufe in die Mittelstufe werden altersmässig heterogene Mittelstufenklassen entstehen, und die vorgesehenen Schülerwechsel von einer zur anderen Lernstandsgruppe erfordern laufenden Integrationsaufwand. Nicht geklärt ist die Frage der Finanzierung. Zu berücksichtigen ist, dass schon eine Reihe von kantonal empfohlenen Möglichkeiten besteht, mit der die Flexibilisierung des Schulübertritts auch ohne Basisstufe verbessert werden kann. Offen ist auch, ob die Grenze zwischen Unter- und Mittelstufe neu festgelegt wird.

2. Schulversuche im Rahmen einer Schulreform sollen möglichst breit angelegt werden, damit eine repräsentative Auswertung erfolgen kann. Bei einer derart einschneidenden Schulreform wie der geplanten Basisstufe kann die Teilnahme von grossen Gemeinden, namentlich von Städten, für das Erfahrungsergebnis wichtig. Probleme im städtischen Umfeld könnten sichtbar gemacht und entsprechende Korrekturen vorgenommen werden. Zudem bietet die Beteiligung an einem Schulversuch Gelegenheit, bei der Ausgestaltung des Projektes mitzuwirken und dieses zu beeinflussen. Der Stadtrat steht daher einem Schulversuch Basisstufe in der Stadt offen gegenüber, sofern der Kanton auf die von der Stadt geforderten Rahmenbedingungen eintritt. Bei diesen Rahmenbedingungen geht es zum einen um die Kostenregelung mit angemessener Beteiligung des Kantons an den zusätzlichen Kosten – Verhandlungsbasis bildet eine 50-prozentige Beteiligung des Kantons an den zusätzlichen Kosten – zum anderen um die Klärung offener Fragen bezüglich Kindergartenobligatorium, Klassenpensum sowie Ausbildung, Begleitung und Besoldung der Lehrpersonen. Angesichts der finanziellen Situation des Kantons und der angekündigten Sparmassnahmen des "runden Tisches" bestehen Zweifel am Zustandekommen einer tragbaren Kostenregelung. Ohne eine erhebliche kantonale Beihilfe ist aber ein städtischer Schulversuch Basisstufe, da eine Beteiligung nicht zwingend notwendig ist, finanziell nicht verkraftbar. Dies zeigen die nachfolgenden Modellrechnungen:

Die Umwandlung von zwei Kindergärten und einer Unterstufenklasse in drei Basisstufenklassen mit je 150 Stellenprozenten gemäss "Modell 3" löst folgende zusätzliche Pensen aus:



bisher:			neu: Basisstufe		
Kindergarten 1	80	%	Basisstufe 1	150	%
Kindergarten 2	80	%	Basisstufe 2	150	%
Unterstufe	<u>100</u>	%	Basisstufe 3	<u>150</u>	%
Total	260	%	Total	450	%
Differenz:	190	Stellenprozente			

"Modell 3" führt zu zusätzlichen 190 Stellenprozenten und damit zu Mehrkosten von ca. Fr. 190'000 pro Versuchsbasisstufeneinheit.

Bei der Wahl von "Modell 4" entstehen folgende Mehrkosten:

bisher:			neu: Basisstufe		
Kindergarten 1	80	%	Basisstufe 1	150	%
Kindergarten 2	80	%	Basisstufe 2	150	%
Unterstufe 1	100	%	Basisstufe 3	150	%
Unterstufe 2	100	%	Basisstufe 4	150	%
Total	360	%	Total	600	%
Differenz:	240	Stellenprozente			

"Modell 4" führt zu zusätzlichen 240 Stellenprozenten, was Mehrkosten von ca. Fr. 240'000 pro Versuchsbasisstufeneinheit entspricht.

Zu den Personalkosten kommen, aufgrund von Modellrechnungen aus der Stadt Zürich, für räumliche Ergänzungen, Mobiliar und Material Kosten zwischen Fr. 30'000 und Fr 40'000. Pro Versuch müsste somit je nach Modell im ersten Jahr mit Mehrkosten zwischen Fr. 230'000 und Fr. 280'000, ab dem zweiten Jahr mit jährlich wiederkehrenden Mehrkosten zwischen Fr. 190'000 und Fr. 240'000 gerechnet werden. Ausgehend von der Annahme, dass das "Modell 3" getestet werden soll, würden in der Stadt St.Gallen bei drei Versuchsbasisstufeneinheiten (eine pro Schulkreis) Kosten von Fr. 570'000 (drei Mal Fr. 190'000) plus im ersten Jahr noch bauliche Aufwendungen von Fr. 90'000 bis Fr. 120'000 entstehen. Kostenmässig nicht beziffert werden können zur Zeit mögliche Einsparungen. Da jede Basis-klasse die Schulkindergärten, die Einführungs- und die Kleinklassen B1 und D1 entlastet, zeigt erst die konkrete Klasseneinteilung allfällige Einsparungen auf.

3. Können mit dem Kanton die offenen Fragen und Vorbehalte gegenüber einem Schulversuch geklärt und ausgeräumt werden, favorisiert der Stadtrat einen Schulversuch getrennt von erweiterten Blockzeiten nach "Modell 3" in einem bis drei Schulquartieren. Modell



3 ist gegenüber Modell 4 nicht nur einfacher einzuführen, sondern auch kostengünstiger. Ebenfalls dürfte die Akzeptanz dieses Modells bei den nachfolgenden Stufen grösser sein. Dass bei "Modell 3" gegenüber "Modell 4" aus pädagogischer Sicht gewisse Abstriche gemacht werden müssen, wird in Kauf genommen. Über die Teilnahme an einem Schulversuch und über das Versuchsmodell soll aber gegebenenfalls der Grosse Gemeinderat im Rahmen einer Kreditvorlage entscheiden.

4. In der Tendenz gleich wie der Stadtrat beurteilt der Schulrat einen Schulversuch Basisstufe. Er sieht in der Basisstufe aus entwicklungs-psychologischen Gründen Vorteile für das Kind, da nicht mehr das Alter des Kindes beim Schuleintritt entscheidend ist, sondern dessen Entwicklungsstand. Gerade weil der ordentliche Übertritt vom Kindergarten in die erste Klasse heute zunehmend vom Normal- zum Sonderfall wird, sieht der Schulrat die Notwendigkeit einer erhöhten Flexibilisierung der Übertritte. Er befürwortet aus diesen Überlegungen einen Schulversuch in drei Schulquartieren, sofern der Kanton sich angemessen an den Mehrkosten beteiligt. Der Schulrat gibt aber gleichzeitig zu bedenken, dass auch im jetzigen System unter Ausnutzung der vom Kanton aufgezeigten Möglichkeiten Fortschritte in der Flexibilisierung des Schulübertrittes erzielt werden können. Bereits heute unternehmen die städtischen Schulen mit der Einführung der integrativen Schülerförderung sowie mit einem Projekt "Einschulungsjahr" Anstrengungen zur Verbesserung im Übertrittsverfahren.

5. Der städtische Lehrer- und Lehrerinnenverein hat bei den Kindergärtnerinnen und den Unterstufenlehrkräften in der Stadt St.Gallen eine Umfrage zur Basisstufe gemacht. 70 % der angeschriebenen Kindergärtnerinnen und Unterstufenlehrkräfte haben die an sie gestellten Fragen beantwortet. Eine Mehrzahl beurteilt die mit der Basisstufe verfolgten Ziele positiv und sähe einen Schulversuch auf Schulquartiersebene. Mehr als zwei Drittel der Befragten möchten aber nicht selbst an einem Versuch teilnehmen. Bezogen auf die Primarschulquartiere ist nur in drei Schulquartieren eine Mehrheit der Kindergarten- und Unterstufenlehrkräfte freiwillig bereit, an einem Schulversuch Basisstufe mitzumachen. Dies würde gerade genügen, um auf freiwilliger Basis die in Erwägung gezogenen eins bis drei Schulversuche in der Stadt St.Gallen durchzuführen. Bei der Motivationsarbeit gegenüber den Lehrkräften und Kindergärtnerinnen ginge es also weniger darum, wie sie vom Projekt "Basisstufe" überzeugt werden können, da sich die Mehrheit von ihnen zu den Zielen eines solchen Projektes bekennt, sondern darum, wie ihre Bereitschaft zur Teilnahme erhöht werden könnte. Erwartet werden offenbar finanzielle oder arbeitszeitliche Anreize. Beides würde die Kosten eines Versuches zusätzlich in die Höhe treiben und die Durchführung eines solchen noch vermehrt in Frage stellen. Solche Anreize seitens der Stadt sind denn auch nicht Ge-



genstand der laufenden Gespräche mit dem Kanton über eine angemessene finanzielle Beteiligung. Hingegen prüft das Erziehungsdepartement eine Reihe von Massnahmen, um die am Versuch beteiligten Lehrkräfte zu unterstützen und zu motivieren. Zum Beispiel könnten die an den Schulversuchen beteiligten Lehrkräfte nach Versuchsabschluss die Nachqualifikation der Basisstufe (ganz oder erleichtert) erhalten, die Anzahl Lektionen Pflichtunterricht während der Versuchsdauer um eine Lektion zu Gunsten der Projektarbeit gekürzt werden, und es könnte die Versuchsarbeit an die Fortbildungspflicht angerechnet werden.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellationen

